

TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung

Titel: KIM-Anbindung von Behörden zur Entbürokratisierung und Verbesserung der intersektoralen Kommunikation

Beschlussantrag

Von: Dr. Petra Bubel als Abgeordnete der Ärztekammer Sachsen-Anhalt
Dr. Frank Lautenschläger als Abgeordneter der Ärztekammer Sachsen-Anhalt
Dr. Carola Lüke als Abgeordnete der Ärztekammer Sachsen-Anhalt
Dr. Anke Mann als Abgeordnete der Ärztekammer Sachsen-Anhalt
Prof. Dr. Hermann-Josef Rothkötter als Abgeordneter der Ärztekammer Sachsen-Anhalt
PD Dr. Christine Schneemilch als Abgeordnete der Ärztekammer Sachsen-Anhalt
Dr. Dietrich Stoevesandt als Abgeordneter der Ärztekammer Sachsen-Anhalt
Prof. Dr. Uwe Ebmeyer als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer

Der 130. Deutsche Ärztetag 2026 fordert die Bundesregierung, die Länder sowie die zuständigen Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene auf, eine flächendeckende und verpflichtende Anbindung aller relevanten Behörden an die Kommunikationsdienste im Medizinwesen (KIM) der Telematikinfrastruktur (TI) sicherzustellen, um eine Kommunikation zu medizinischen Zwecken zu ermöglichen.

Ziel ist die rechtssichere, standardisierte und medienbruchfreie elektronische Kommunikation zwischen Ärztinnen und Ärzten, medizinischen Einrichtungen und Behörden, insbesondere zur Reduktion bürokratischer Belastungen im Versorgungsalltag.

Begründung:

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat mit der Einführung der TI und des KIM-Dienstes wichtige Fortschritte gemacht. Während medizinische Einrichtungen zunehmend an diese Infrastruktur angebunden sind, besteht eine erhebliche Lücke in der Kommunikation mit Behörden. Der Austausch erfolgt vielfach noch per Fax, Post oder unsicheren E-Mail-Verfahren.

Dies führt zu unnötigem Zeitaufwand, Verzögerungen in Verwaltungsprozessen und einer erhöhten Fehleranfälligkeit. Insbesondere bei Befundanfragen, sozialmedizinischen

Angenommen: ☒ Abgelehnt: ☐ Vorstandsüberweisung: ☐ Entfallen: ☐ Zurückgezogen: ☐ Nichtbefassung: ☐

Stimmen Ja: 164

Stimmen Nein: 20

Enthaltungen: 19

ANGENOMMEN

Stellungnahmen, Infektionsmeldungen oder Anfragen von Gesundheitsämtern entstehen vermeidbare bürokratische Hürden.

Eine verpflichtende KIM-Anbindung von Behörden würde eine sichere, datenschutzkonforme und effiziente Kommunikation ermöglichen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Ärzteschaft leisten.

ANGENOMMEN